

WLAN-Wurm bei den SBB

Der Datenschutz ist nicht das Hauptproblem beim SBB-WLAN. Von Paul Schneeberger

Der eidgenössische Datenschützer kritisiert die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Zugang zum kostenfreien Internet, das die SBB mittlerweile in vielen Bahnhöfen anbietet. Gemäss der «Handelszeitung» stösst sich Hanspeter Thür am Passus, in dem sich die Bundesbahnen Kontaktaufnahmen mit den registrierten WLAN-Benutzern zu Werbezwecken vorbehalten.

So ehrenhaft dieses Engagement zugunsten der Privatsphäre der Bürger ist: Was die SBB an Gegenleistung für den freien Zugang zum Internet an Bahnhöfen einfordern, sprengt die Grenzen dessen nicht, was in solchen Fällen üblich ist. Meist verbergen sich hinter kostenfreien Leistungen Gegengeschäfte; für die Riesen der virtuellen Welt von Facebook bis Google ist das die Grundlage ihres Geschäftsmodells. Allenfalls könnte man von Bundesbetrieben wie den SBB oder der Post, die kostenfreies Internet in ihren Bussen anbietet und einen vergleichbaren Passus in ihren Geschäftsbedingungen führt, verlangen, dass sie vor dem Einloggen offensiver auf diese Komponente hinweisen. Aber grundsätzlich darf man davon ausgehen, dass mündige Bürger mit solchen Bedingungen selbstverantwortlich umzugehen wissen.

Der Wurm steckt beim WLAN-Zugang durch die SBB nicht im Datenschutz, sondern in ihrer Praxis, diesen nur in den Bahnhöfen anzubieten und nicht in den Zügen. Dadurch setzen sie einen Kontrapunkt zu einem Trend im öffentlichen Verkehr. In Postautos ist der freie Internetzugang heute Standard, ebenso in neuen Trams der Baselland Transport AG. Somit entsteht die kuriose Situation, dass Gratis-Internet im öffentlichen Verkehr der Schweiz auf Kurzstrecken angeboten wird, nicht aber dort, wo die Reisezeiten oft eine Stunde und mehr betragen und für ernsthafte Arbeiten genutzt werden. Am schnellsten hat sich WLAN dort durchgesetzt, wo direkter Wettbewerb herrscht, sei es bei Überlandbussen in Grossbritannien oder auf Eisenbahn-Hauptachsen in Österreich. Selbst den SBB ähnliche Monopolisten in vergleichbaren Ländern, etwa in den Niederlanden, setzen auf diesen zusätzlichen Vorteil gegenüber der Konkurrenz des Individualverkehrs. Offenbar gewichten all diese Unternehmen diese Servicekomponente höher als die SBB, die sich hier unbeweglich zeigen. Es scheint mittlerweile, als ob ihnen erst direkte ÖV-Konkurrenz auf Schiene oder Strasse Beine machen würde.

Ein seltsames Gefühl von Déjà-vu angesichts der Weltlage

Rassismus, Nationalismus, Tribalismus, Kalter Krieg, Glaubenskämpfe – Anachronismen, wohin man schaut. Man fühlt sich ein halbes Jahrhundert zurückversetzt. Von David Signer

Schaut man sich gegenwärtig in der Welt um, ist es, als sei man plötzlich fünfzig Jahre zurückkatapultiert worden. In den USA ist Rassismus plötzlich wieder von brennender Aktualität, das Verhältnis zu Russland erinnert an den Kalten Krieg, Islamisten ziehen in den Jihad gegen Ungläubige und wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen, an den «Friedensprozess» im Nahen Osten glaubt kaum noch jemand, im Südsudan wird im Namen der Stammeszugehörigkeit ein Krieg geführt, der so anachronistisch wirkt, dass er trotz seiner Brutalität nur noch Kopfschütteln auslöst, in andern afrikanischen Ländern klammern sich Diktatoren an die Macht, die sich von ihren Vorgängern im letzten Jahrhundert nur dadurch unterscheiden, dass sie sich pro forma haben wählen lassen. In Indien propagiert der hindu-nationalistische Premierminister Narendra Modi Sanskrit und Yoga als Allheilmittel, und in den arabischen Ländern scheint es fast nur noch die Alternative zwischen religiös verbrämtem Bürgerkrieg und Diktatur zu geben.

Der Frühling ist vorbei

Nach dem Fall der Mauer sah es eine Weile so aus, als mache die Geschichte einen Sprung vorwärts oder sei überhaupt so, wie wir sie bisher kannten, an ihr Ende gekommen. Man konnte hoffen, das Zeitalter der Extreme, der Ideologien, der grossen Kriege nähere sich dem Ende. Es war die Stunde von Demokratisierung, Liberalismus, Marktwirtschaft,

Globalisierung, Säkularisierung, Modernisierung. Mit der proklamierten Postmoderne sollte die Ära der Dogmen und Doktrinen beendet werden, und vielleicht die Ära der Nationalstaaten gleich auch noch. Das Global Village wurde ausgerufen, mit einem weltumspannenden herrschaftsfreien Diskurs und Dialog. All diese Stichworte klingen heute seltsam fern, fast schon sarkastisch. Zwar wurde die Europäische Union Realität, zwar wurde Obama zum ersten schwarzen Präsidenten der USA gewählt. Aber in Griechenland, im Herzen unserer Kultur, herrschen heute Verhältnisse fast wie in einem Drittweltland, innerhalb Europas und erst an seinen Rändern werden die Grenzzäune wieder hochgezogen, in den USA wähnt man sich in der Zeit des Ku-Klux-Klans, und auch der Boom in Afrika wurde auf den harten Boden der Tatsachen zurückgeholt.

Wer wagt es noch, von Hoffnungen, Träumen, Experimenten, Utopien, Visionen zu sprechen? «Es gibt keine Alternative», heisst es. Die Zeiten des Spiels und der Ironie, als man glaubte, alles sei nur Konstrukt und Diskurs, sind schon seit geraumer Zeit vorbei. Es ist eine Zeit der Desillusionierung, des Pragmatismus, der Realpolitik. 1968 war nie fern, wir erleben das Gegenprogramm von Flower-Power. Kein Wunder, hört man öfters wieder das Schlagwort «Clash of Civilizations», den Titel von Samuel P. Huntingtons Buch aus dem Jahr 1996. Man hielt dem amerikanischen Analysten damals vor, ein Ewiggestriger zu sein.

Ewige Wiederkehr

Dass es vermutlich immer Konflikte und Gewalt gibt, dass uns hienieden wohl nie ein ewiger Friede beschieden sein wird, damit haben wir uns seit geraumer Zeit abgefunden. Aber müssen es denn immer dieselben alten Konflikte sein? Muslime gegen Christen, Weisse gegen Schwarze, Israeli gegen Palästinenser, Russen gegen den Westen, Dinka gegen Nuer? Selbst ökologische Fragen geraten im Moment in den Hintergrund. Zuerst müssen die Bilanzen in Ordnung gebracht und wenigstens die blutigsten Kriege geschlichtet werden. Die Rettung des Planeten muss warten.

Die Geschichte scheint sich im Kreis zu drehen. Wir sind in einem Wiederholungszwang gefangen, an die Vergangenheit gekettet. Zwar ist man ja nicht konservativ, man hängt nicht an der zyklischen Zeitauffassung der traditionalistischen, naturnäheren Gesellschaften, sondern glaubt an die offene, (post-)industrielle Gesellschaft, an Unvorhersehbarkeit, Innovation, Kreativität, Wandel, permanente Veränderung. Aber die Fortschrittsgläubigkeit wird gegenwärtig auf eine harte Probe gestellt. So viel kommt einem bekannt vor, dass man fast schon an die ewige Wiederkehr des Gleichen glauben könnte.

Déjà-vu? Nichts Neues unter der Sonne? Vielleicht ist es auch umgekehrt, und die Monotonie liegt nur im Auge des Betrachters. Vielleicht gibt es in Wirklichkeit nichts Altes unter der Sonne. Vielleicht sieht der müde Blick nur das Gewohnte, ist blind für die Gegenwart. Vielleicht entsteht gerade in diesem Moment etwas nie Dagewesenes, das wir nur deswegen nicht wahrnehmen, weil es so ungewohnt ist. *On verra.*

Hausaufgabe für Leuthard

Die unklare Rechtslage heizt den Streit um Flughafengebühren an. Von Werner Enz

Wer die langfädigen, schwergewichtig formaljuristischen Erwägungen des Bundesverwaltungsgerichts über die Aufschlüsselung von Erträgen und Kosten am Flughafen Zürich zur Herleitung fairer Passagier- und Landegebühren studiert, wird der Wohltaten des freien Wettbewerbs gewahr. Zwei Parteien, in diesem Fall die Flughafen Zürich AG und – individuell – Fluggesellschaften mit der Swiss an der Spitze, handeln den Preis für die Benutzung von Infrastruktur aus, wobei das Gesetz von Nachfrage und Angebot herrscht. Vor allem als dynamisches Suchverfahren, das Knappheit und Investitionsmöglichkeiten signalisiert, sind Marktpreise essenziell. Leider ist dies im Falle des Flughafens Zürich – wie für alle nationalen und die meisten internationalen Flughäfen überhaupt – selbst ansatzweise nicht möglich, denn im Spiel sind Defacto-Monopole. Es gibt nur selten echte Ausweichmöglichkeiten. Die Alternative, statt in Zürich in Mailand oder Stuttgart an Bord zu gehen, ist für Zürcher nicht wirklich attraktiv. Folglich treten Mittler auf den Plan, die administrierte Preise in einem Gebührenreglement festlegen.

Ein Schlüsselsatz des Urteils lautet, der Bundesrat habe gemäss Luftfahrtgesetz festzulegen, «welche Kosten und welche Erträge für die Gebührenrechnung heranzuziehen» seien. Das ist mit der Verabschiedung einer Verordnung über die Flughafengebühren vor drei Jahren zwar geschehen, aber offensichtlich nicht so gut und klar, dass das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) als verlängerter Arm der Verkehrsministerin Doris Leuthard zwischen den Streithähnen überzeugend hätte vermitteln können. Das Amt muss nun nachsitzen.

Die Forderung der Swiss und weiterer Fluggesellschaften nach einer Senkung der Flugbetriebsgebühren um 26 Prozent wirkt überzogen. Das darf nicht davon ablenken, dass das geltende Regime zur Errechnung der Flughafengebühren einseitig auf steigende Belastungen angelegt ist. Letztlich ist es ein politischer Entscheid, wie Erträge aus dem nicht flugbetriebsrelevanten Bereich – etwa Park- und Mietgebühren – zur Finanzierung des eigentlichen Flughafengeschäfts eingesetzt werden sollen. Gewiss soll der Flughafen Zürich als Unternehmen sein Auskommen haben, doch zentral ist aus gesamtwirtschaftlicher Warte die Frage, wo und für wen er in Zukunft investiert. Skeptisch stimmt jedenfalls, dass Ticket-Preise seit Jahren sukzessive fallen und Flughafengebühren steigen.

GASTKOMMENTAR

Sprungbretter schaffen statt Widerstände aufbauen

Die Unterrepräsentation von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen gehört abgeschafft. Frauenspezifische Leadership-Programme und firmenübergreifendes Mentoring sind allerdings deutlich erfolgreicher als Gesetze, die auf wenig Akzeptanz stossen. Von Heiner Thorborg

Die Schweiz ist unabhängig. Das meint nicht nur politische Neutralität und die Nichtmitgliedschaft in der EU, sondern auch eine Eigenständigkeit im Denken. Besonders dann, wenn es um die Aktivitäten des grossen Bruders im Norden geht. Nur weil die Deutschen etwas tun, heisst das noch lange nicht, dass dies auch für die Schweiz richtig ist – so zumindest die Auffassung der meisten Eidgenossen zwischen Boden- und Genfersee. Berlin hat nach langem Hin und Her die Frauenquote verabschiedet, und Bern ist nicht weit hinterher.

Auch Justizministerin Simonetta Sommaruga will eine gesetzliche Frauenquote. Genau wie in Deutschland sollen börsennotierte Unternehmen im Verwaltungsrat einen Frauenanteil von mindestens 30 Prozent erreichen. Ihr Argument: Frauen machen die Hälfte der Bevölkerung aus, aber nur knapp zwölf Prozent der Verwaltungsräte. Das sei eine Folge von Diskriminierung und müsse deshalb mit staatlichem Zwang korrigiert werden.

Intelligentes Wirtschaften

Die Unterrepräsentation der Frauen in Schweizer Entscheidungsfunktionen sollte in der Tat abgeschafft werden. Allerdings war das deutsche Modell in vielen ökonomischen Fragen bisher nicht erfolgreicher als das schweizerische – und warum sollte jetzt ausgerechnet eine Frauenquote nach Berliner Vorbild segensreich wirken?

Verglichen mit Deutschland bietet die kleine Schweiz mit 8,2 Millionen Einwohnern überdurch-

schnittlich vielen Weltunternehmen eine Heimat und nicht nur den Banken wie UBS oder Credit Suisse, sondern auch so unterschiedlichen Konzernen wie Nestlé, Roche, Novartis oder Zurich. In Sachen Wettbewerbsfähigkeit landet die Schweiz im Global Competitiveness Report 2014/15 des World Economic Forum auf Platz eins, vor Singapur und den USA.

Intelligentes Wirtschaften ist Trumpf zwischen Radolfzell und Genf. Nehmen wir als Beispiel für den smarten Ansatz nur den Ausländeranteil im Management. Da es in der Schweiz nicht genug Top-Talente gibt, handeln die Einheimischen eben pragmatisch und holen sie sich aus dem Ausland. Laut dem Schilling-Report liegt der Ausländeranteil in der Geschäftsleitung der 20 Blue-Chip-Konzerne des Swiss-Market-Indexes bei 45 Prozent; im Mittelstand ist der Ausländeranteil sogar noch deutlich höher. Inzwischen wird auch jedes dritte neue Unternehmen von einem Einwanderer gegründet.

Das zeigt: Wenn die Schweizer die Notwendigkeit einer Massnahme erst einmal eingesehen haben, wird sie zügig umgesetzt – ohne grosses Getue. Die Deutschen hinken da weit hinterher, oder mit anderen Worten: Es ist höchst unwahrscheinlich, dass es bei einer Frankfurter Grossbank einen Chef geben würde, der von der Elfenbeinküste stammt.

Ich bin überzeugt: Sobald sich die Argumente für mehr Frauen in Führungspositionen durchgesetzt haben, wird sich auch der Frauenanteil im Schweizer Management erhöhen, ganz organisch

und evolutionär, so wie sich auch die Ausländerquote sinnvoll dem Bedarf angepasst hat. Hilfe aus Bern brauchen die Schweizer Unternehmen für so etwas nicht.

Die Argumente für mehr Frauen in Top-Jobs sind nämlich gut, gibt es doch Studien zuhauf, die belegen, dass divers besetzte Führungsteams bessere Kapitalrenditen und Börsenwerte erwirtschaften als homogene. Auch andersherum wird ein Schuh daraus: Intelligente Unternehmen haben längst erkannt, dass es nicht gerade klug ist, die weibliche Hälfte des Talent-Pools zu ignorieren. Viele Schweizer Betriebe haben also längst angefangen, sich mehr Frauen in die Führungsgremien zu holen.

Ein Mandat als Verwaltungsrätin soll und kann für viele Schweizerinnen jedoch nur der zweite Schritt sein. Beirat und Geschäftsführung sind im Schweizer System bekanntlich nicht dasselbe. Das tatsächliche Geschäft, die eigentliche Führung, passiert im Vorstand, im Verwaltungsrat wird diese Leistung nur kontrolliert.

Ein Ratsmandat ist daher in der Regel die Krönung einer langen Karriere – zunächst muss jedoch die eigentliche Aufgabe erfüllt sein: Künftige Räte müssen sich im Job, im operativen Geschäft für eine Kontrollrolle qualifizieren. Verwaltungsratsposten für Frauen zu fordern und davon auszugehen, dass die Frauen dann schon – irgendwie, irgendwo – auch in der Geschäftsführung punkten werden, zeugt von Unkenntnis der Verhältnisse in Schweizer börsenkotierten Gesellschaften. Dort installiert niemand, der seine Verantwortung für

Mitarbeiter, Lieferanten und Anteilseigner ernst nimmt, eine Frau als Verwaltungsrätin, die nicht zuvor erfolgreich Führungsverantwortung auf der Beletage eines Grossbetriebs getragen hat bzw. Erfahrungen aus dem wirtschaftlichen Umfeld des Unternehmens mitbringt.

Leadership-Programme

Erzwungene weibliche Unternehmenskontrolleure schaffen also keineswegs mehr weibliche Führungskräfte auf allen operativen Ebenen. Die bekommt ein Unternehmen nämlich nicht per Gesetz, sondern nur mit ernstgemeinter Frauenförderung. Viele Organisationen tun das auch schon, beispielsweise im Firmennetzwerk Advance. Das wurde 2013 von neun Unternehmen gegründet, darunter ABB Schweiz, Ikea Schweiz, Swiss Re, Credit Suisse und McKinsey & Company. Das erklärte Ziel der Mitglieder ist es, bis 2020 den Frauenanteil in Führungspositionen auf 20 Prozent zu heben. Um dorthin zu kommen, werden neben einem Netzwerk der Selbsthilfe frauenspezifische Leadership-Programme ebenso angeboten wie firmenübergreifendes Mentoring. Solche, in der Regel vom Topmanagement der Konzerne selber angestossenen Massnahmen sind deutlich erfolgreicher als Gesetze, die letztlich in die Freiheit der Unternehmen eingreifen und eher Widerstände aufbauen als für Sprungbretter sorgen.

Heiner Thorborg ist Personalberater in Frankfurt und Zollikon.